

# grünspecht

Die Zeitung von  
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
in Lüdinghausen  
Nr. 36 / August 2009

Seiten 1, 4

**Blockade im Klimaschutz –  
Lokal und im Bund**

Seite 2

**Großmastbetrieb in Reckelsum  
Abfallgebühren: Bauern-Bonus**

Seite 3

**Die grünen Spitzenkandidaten  
Funke und Rüter in Lüdinghausen**

Seite 4

**Die grünen Kreistagskandidaten  
Was sie im Kreistag wollen**



## Bald Stadthalle?

### CDU verabschiedet sich vom Versorgungszentrum Innenstadt

**Während die CDU sich zum Wahlkampfauftritt Ende Juni im Textilkaufhaus Bruno Kleine feiert, müssen alteingesessene Einzelhändler in der Innenstadt wegen ausbleibender Kunden ihre Läden schließen – wie jüngst etwa der Herrenausstatter Hagoney.**

Nicht, dass die Verbraucher in einen Kaufboykott getreten wären, aber in Lüdinghausen geht man jetzt lieber vor den Toren der Stadt shoppen: im Darley-Park oder im neuen Zentrum an der Konrad-Adenauer-Straße mit dem Bekleidungshaus Bruno Kleine, dem Discounter Aldi und dem Vollsortimenter Edeka-Wiewel. Eben dort, wo die CDU-Mehrheitsfraktion die neuen Einkaufsmielen geschaffen hat. Die Innenstadt als Versorgungszentrum? Das ist nun endgültig

passé. Diese kurzsichtige Expansionspolitik rächt sich schon jetzt bitter. Die Lüdinghauser Innenstadt mit ihren einst gesunden Strukturen muss den großflächigen Geschäften an der Peripherie den Vortritt lassen. In der Innenstadt machen sich nun Agenturen, Imbissläden, Billig-Ketten und Ein-Euro-Shops breit. Der Fachmann spricht vornehm von der „Bagatellisierung des Einzelhandels“. Immer mehr Ladenlokale stehen ganz leer.

**Verfehlte Strukturpolitik wohin man schaut**  
Nicht nur die Innenstadt hat unter einer verfehlten Politik zu leiden, auch andere Stadtquartiere bekommen die falschen Entscheidungen des Bürgermeisters und seiner CDU zu spüren. Zu lange hat die Mehrheitsfrak-

tion an der überdimensionierten Bürgerhallen-Planung auf dem DKV-Gelände festgehalten. Mit ihrer vermessenen Idee, in einer Kleinstadt mit weniger als 25.000 Einwohnern eine Veranstaltungshalle für 1.000 Besucher etablieren zu können ist die CDU am Ende gescheitert. Nicht nur die Halle war wohl eine Nummer zu groß, auch die Pläne für ein 100-Betten-Hotel, das angrenzend an das alte DKV-Gebäude errichtet werden sollte, waren von Anfang an unrealistisch. Kritische Stimmen, die frühzeitig nach der Vereinbarkeit von Hotel und den in unmittelbarer Nachbarschaft gelegenen Industrieanlagen fragten, wurden schnell in die Rolle von „notorischen Nörglern“ gedrängt.

#### Großspurig in die Sackgasse

Mittlerweile holt die Realität die CDU-Vorderen wieder ein. Allerdings haben einmal mehr nicht sachliche Erwägungen den Ausschlag geben, sondern der Wunsch von Union o8 nach einer Sporthalle, die auch bundesligatauglich ist. Eine solche Halle käme die Stadt teuer zu stehen. Allein die Mehrkosten für eine Halle, die auch als Veranstaltungsort für den Bundesliga-Spitzen-sport taugt, belaufen sich auf 1,4 Mio. Euro. In Anbetracht des klammen Stadtsäckels kein Pappenstiel.

Woher also nehmen? CDU-Fraktionschef Dr. Klaus Waldt hat in der Juni-Sitzung des Planungsausschusses schon mal laut nachgedacht: Der Verein „Pro Stadthalle“ könnte doch sein Vermögen diesem Projekt zu Gute kommen lassen. Das nennt man wohl eine Grabrede 2. Klasse, die die „Pro-Stadthalle-Aktivistinnen“ erst mal verdauen müssen. **g**

## Bäume haben eine Lobby

Die kommt aber gegen die CDU-Mehrheit nicht an. Stumpf Abgebügelt hat die Ratsmehrheit das Ansinnen der Grünen, die Bürgerschaft und den Umweltausschuss besser als bisher in anstehende Grünpflege-Maßnahmen einzubeziehen.

Zu oft schon hatten Bürger mit ansehen müssen, dass Bäume und Sträucher den Kettensägen zum Opfer fielen.

Unsere Forderung: Einmal im Jahr sollte der Umweltausschuss oder eine Arbeitsgruppe aus Politik und Verwaltung solche Standorte genauer unter die Lupe nehmen, an denen Fällungen, Rückschnitte oder Neupflanzungen etc. geplant sind. So wird es in Senden bereits erfolgreich praktiziert. Die Diskussion mit betroffenen Anwohnern vor Ort böte so die Möglichkeit, bei Politikern und Anliegern die Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen anschaulich darzulegen. Zugleich hätten die Bürger die Chance, ihre Wünsche ohne große, bürokratische Hürden in einem Vor-Ort-Gespräch gegenüber Politik und Verwaltung zu formulieren.

Wow!



Scharf gemacht!

Mit ihrem neuen Programm in  
Lüdinghausen: Funke & Rüter

## Klimaschutz? Fehlanzeige!

**Im Kampf um die globale Klimaveränderung sind alle gefordert, auch und gerade die Kommunen. Denn die kommunalen Handspielräume sind äußerst vielfältig, wenn es darum geht, den Treibhausgas-Emissionen und hier insbesondere dem Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)-Ausstoß entgegenzuwirken. Doch hat sich Lüdinghausen hier bislang wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert.**

Bei Bebauungsplänen spielt die Solarenergie nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Die Gebäudeorientierung (z. B. Ost-West-Orientierung in Verbindung mit optimaler Dachneigung bei Satteldächern) ist immer noch reine Glückssache.

Und statt der Windenergie einen angemessenen Platz einzuräumen, fährt die Stadt Lüdinghausen eine aktive Blockadepolitik. Für das im Flächennutzungsplan ausgewiesenen „Windvorranggebiet“ Aldenhövel hat

die Stadtverwaltung mit dem Segen des Bürgermeisters und der CDU-Fraktion einen Bebauungsplan aufgestellt, der mit seiner Höhenbeschränkung von 100 m verhindert, dass dort Windräder aufgestellt und wirtschaftlich betrieben werden können.

Für etwas Dynamik könnte jetzt das Projekt „Münsterländer Stadtwerke“ sorgen. Bekanntlich wollen acht Kommunen aus dem Kreis Coesfeld ihre Strom- und Gasnetze zu-

rückkaufen und diese von einer gemeinsame Netzgesellschaft betreiben lassen. Mit dieser Infrastruktur im Rücken besäße Lüdinghausen mehr Gestaltungsmöglichkeiten bei der Energieversorgung.

Allerdings kann der Erwerb der Netze nur ein erster Schritt, denn um nennenswerten Einfluss nehmen zu können, müsste Lüdinghausen etwa auch als Anbieter von Strom und Gas und als Stromproduzent auftreten.

Und hierüber ist bislang vor Ort noch nicht intensiver diskutiert worden. Wir Grüne wollen, dass diese Perspektiven forciert angegangen werden.

Äußerst fragwürdig sind die Überlegungen der Bürgermeister zu nennen, die einen Energieversorger als Mitgesellschafter ins Boot holen wollen. Dieser könnte dann bei jeder Entscheidung die Kommunen auszu-bremsen. Und damit wäre die Position der Kommune nicht viel komfortabler als heute. Langfristig muss sich Lüdinghausen zu 100 Prozent auf Basis erneuerbarer Energien versorgen. Langfristig kann etwa bedeuten: Bis zum Jahr 2050. So will z. B. der Kreis Steinfurt seine Abhängigkeit von fossilen Energieträgern bis zur Mitte des Jahrhunderts beendet haben und seinen Energiebedarf vollständig durch unerschöpfliche Energiequellen decken. Und warum soll die Cittaslow-Stadt Lüdinghausen nicht versuchen, es dem Kreis Steinfurt gleichzutun? **g**



## Extrawurst für Großinvestor?

Der Entwurf des Lüdinghauser Architekten Spital-Frenking für die Bebauung eines Eckgrundstücks an der Kreuzung Münsterstraße-Blaufärbergasse sieht vor, den bestehenden 3-geschossigen Baukörper durch einen 5-geschossigen Gebäudeturm zu ersetzen.

Das aber verstößt nicht nur gegen die Vorgaben des rechtskräftigen Bebauungsplans „Münstergasse“, sondern auch gegen die Bestimmungen der städtischen Gestaltungssatzung. Um den Bau dieses hohen Gebäudes, das über ein Flachdach anstelle eines Satteldachs verfügt, dennoch zu ermöglichen, hat die Verwaltung in der ersten Jahreshälfte versucht, den Bebauungsplan durch den Rat ändern zu lassen.

Eckart Grundmann, Mitglied der Grünen im Planungsausschuss, warnte davor, die Vorgaben der städtischen Gestaltungssatzung leichtfertig und ohne Not über Bord zu werfen. Hier werde ein Präzedenzfall geschaffen, der zur Preisgabe sinnvoller städtebaulicher Vorgaben und zum Verlust des gewachsenen Stadtbildes führen würde, so Grundmann.

**MAL RICHTIG ABSCHALTEN**

Mehr Infos: [www.gruene.de](http://www.gruene.de)

# Großmastbetrieb in Reckelsum

## Die geplante Agrarfabrik schadet Hähnchen, Mensch und Umwelt – nicht nur in Lüdinghausen

**Nur Großanlagen scheinen in der Landwirtschaft noch eine Zukunft zu haben. Agrarfabriken in den neuen Bundesländern, die in LPG-Größe produzieren und dafür von der EU auch noch gefördert werden, machen vor, was nun auch bei uns in Lüdinghausen Realität werden soll.**

Aber was in fast menschenleeren Regionen in Mecklenburg-Vorpommern quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit abläuft, darf nicht einfach auf das dicht besiedelte NRW übertragen werden. Aktuell plant ein Betrieb – man wird ihn in der Größe wegen nicht mehr als landwirtschaftlichen Betrieb bezeichnen können – den Bau einer Hähnchenmastanlage von 80.000 Tieren, die dort in jeweils 35 Tagen schlachtreif gemästet werden sollen.

Zwar werden die Möglichkeiten der Stadt, Einfluss auf die Planung zu nehmen, von der Stadtverwaltung als gering eingeschätzt. Die Bezirksregierung Münster sieht nur allerdings dann eine realistische Chance, solche gigantischen Planungen zu verhindern, wenn die betroffenen Kommunen ihr Einvernehmen nicht erteilen. Es sieht

also mal wieder so aus, als würde die eine Behörde die Verantwortung auf die andere schieben – und am Ende steht dann die Mastanlage plötzlich da und keiner hat sie gewollt.

Und wenn erst einmal eine Großanlage steht, können es auch mehr werden. Nicht nur Hähnchenmast-, auch Schweinemastanlagen sollen vergrößert werden, inzwischen nicht mehr nur in Reckelsum, sondern auch in Leversum. Und so wird die



Stadt dann ganz allmählich von Agrarfabriken der Intensivtierhaltung eingekreist, die nicht mehr für die Region produzieren, aber durch Geruchsbelästigung und LKW-Verkehr Mensch und Umwelt in Lüdinghausen schädigen.

Unser langfristiges Ziel, Lebensmittel aus der Region für die Menschen der Region herzustellen, wird durch diese Entwicklung zerstört. Schauen wir uns doch im Supermarkt um: Da liegen die fein filetierten Hähnchenteile im Kühlregal, aus Ländern herangebracht, die man nur schwer herausfinden kann. Und in den Kühlregalen hier bei uns liegen nur die hochwertigen Hähnchenteile. Die minderwertigen wie Flügel und Innereien werden exportiert, aber nicht nach Europa, sondern in die 3. Welt. Und weil solche Lebensmittelexporte häufig auch noch subventioniert werden, stehen die Bauern in Afrika dieser Konkurrenz hilflos gegenüber und müssen um ihre Existenzgrundlage fürchten.

„Global denken – lokal handeln“, das heißt für uns in diesem Fall, alles zu tun, um die Ansiedlung solcher Agrarfabriken in Lüdinghausen zu verhindern! **g**

## CDU hält an Bauern-Bonus fest

### Weiterhin ungerechte Abfallgebühren

**Unbelehrbar zeigt sich die CDU in Sachen Abfallgebühren. Unter dem Druck der einflussreichen „Bauernlobby“ innerhalb ihrer Fraktion hält sie seit Jahrzehnten an der Bevorzugung des Außenbereiches fest. Die Zeche zahlen die Innenstadtbewohner.**

Das Ausmaß der Ungleichbehandlung verdeutlicht ein Blick in die aktuelle Gebührensatzung der Stadt: Ein Eigenkompostierer im Innenbereich, dem so genannten „Bezirk I“, zahlt für die vierwöchige Leerung ei-

wohnt zahlt 333,60 Euro, in der Bauernschaft werden für die gleiche Leistung nur 237,60 Euro fällig. Die Differenz von 96,00 Euro entspricht einem „Nachlass“ von fast 30 Prozent.

Mit logischem Denken lassen sich diese Unterschiede nicht erklären. Schließlich ist die Einsammlung des Mülls im dünn besiedelten Außenbereich mit längeren Wegen und höherem spezifischen Zeitaufwand verbunden. Dieser erhöhte Aufwand verursacht zwangsläufig höhere Kosten. Dass diese Mehrkosten im Interesse einer Gleichbehandlung aller Lüdinghauser Gebührenzahler nicht allein dem Außenbereich angelastet werden, ließe sich noch mit dem Solidarprinzip erklären. Dass aber die Einwohner im Innenbereich mit den durch den Außenbereich verursachten Mehrkosten auch noch zusätzlich belastet werden, schlägt dem berühmten Fass schon den Boden aus.

Mittlerweile gibt es sogar Gerichtsurteile, die diese Ungleichbehandlung der Gebührenzahler beanstanden. So wurde unsere Nachbargemeinde Ascheberg unlängst per richterlichem Beschluss zur Änderung ihrer Gebührenordnung gezwungen. Doch die Lüdinghauser CDU ficht dies nicht an. Vielleicht findet sich Bürgermeister Richard Borgmann demnächst auch in Sachen Müllgebühren vor dem Kadi wieder – so wie bereits jetzt bei der Abwassergebühr. **g**



ner 80 Liter großen Restmülltonne jährlich 150,00 Euro. Die Bewohner des Außenbereiches, so genannter „Bezirk II“, zahlt für die gleiche Dienstleistung 132,00 Euro, also 18,00 Euro oder 12 Prozent weniger. Beim 240 Liter großen Abfallbehälter wird der Unterschied dramatisch: Wer in der Stadt

## Abwärtstrend in der Lindenstraße

### Wie weiter nach der Chalet-Pleite?

**Über Jahrzehnte genoss die Firma Chalet eine Vorzugsbehandlung, jetzt ist Schluss damit: Im vergangenen Jahr musste das Unternehmen Insolvenz anmelden, die letzten Verkaufsstandorte und natürlich auch die Verwaltungszentrale an der Lindenstraße werden wohl zum Jahresende endgültig die Tore schließen.**

Dass die Stadtverwaltung in der Vergangenheit stets den Wünschen des Unternehmens entsprochen hat, etwa bei der Bereitstellung von „prominenten“ Grundstücken oder bei Änderungen der Be-

bauungspläne, hat sich also unterm Strich nicht ausgezahlt. Dabei schwante es dem ein oder anderen wohl schon seit längerem, dass die Geschäfte des einstigen Lüdinghauser Vorzeigeunternehmens nicht mehr so gut laufen. Das neue Verwaltungsgebäude im Gewerbegebiet Tetekum wurde nach seiner Fertigstellung erst gar nicht bezogen – angeblich wegen Baumängeln und einem erforderlichen Beweissicherungsverfahren.

Noch ist völlig offen, was mit der Neuba Ruine passiert. Findet sich nicht schnell ein Interessent, kann sich der verwaiste Neubau schnell zum Imageschaden für das gesamte Gewerbegebiet auswachsen.

Massive Probleme kommen auch auf den Standort Lindenstraße zu. Der von Chalet genutzte Gebäudekomplex beherbergte bis Mitte der 80er Jahre eine Kleiderfabrik, stand aber dann viele Jahre leer, bis das aufstrebende Möbel-Unternehmen Chalet dem Standort neues (Geschäfts-)Leben einhauchte.

Die Chalet-Pleite ist für das Stadtquartier Lindenstraße umso bitterer, als mit der leer gezogenen Marktkaufhalle auf der gegenüberliegenden Straßenseite bereits seit Jahren eine Gewerbeimmobilie dem Verfall preisgegeben ist. Wenn die Stadt hier nicht schnell durch neue planerische Vorgaben bessere Rahmenbedingungen schafft, wird sich der Abwärtstrend des Quartiers unweigerlich fortsetzen. **g**



Dem Verfall preisgegeben: Ehemaliges Chalet und ehemaliges Dixi.

# Lüdinghausen wählt

## Die grünen Spitzenkandidaten:

Am 30. August 2009 sind Kommunalwahlen

Listenplatz 1

**Peter Mönning** | Wahlbezirk 6

**62 Jahre, verheiratet und Vater von fünf Kindern, Lehrer am Gymnasium Canisianum, seit 1985 in der Kommunalpolitik, z. Zt. Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Ausschusses für Bau und Verkehr.**

Setzt sich dafür ein, dass Einkaufs- und Versorgungseinrichtungen in die Innenstadt zurückgeholt werden. Besonders Fußgänger, ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderungen brauchen kurze und barrierefreie Wege. Dafür macht er sich stark.



Listenplatz 2

**Christel Guntermann** | Wahlbezirk 3

**52 Jahre, verheiratet, Mutter von zwei Kindern, Sportlehrerin, seit 2004 als Sachkundige Bürgerin im Rat der Stadt Lüdinghausen im Ausschuss für Jugend und Sport, sowie im Planungsausschuss.**

Ganz besonders am Herzen liegen ihr die Kinder und Jugendlichen, für die sie sich mehr Möglichkeiten der sportlichen Freizeitgestaltung wünscht. Daher setzt sie sich auch für einen witterungsunabhängigen Kunstrasen ein, damit das Fußballspielen bei jedem Wetter möglich ist.



Listenplatz 3

**Norbert Möller** | Wahlbezirk 5

**54 Jahre, Vater von zwei Kindern, Sonderschullehrer an der Maximilian-Kolbe-Schule in Nordkirchen, Ratsmitglied für die Grünen seit 2004, Schwerpunkte Umwelt, Bildung und Wirtschaft.**

Er will sich besonders um eine offene Kommunikation zwischen Bürgern und Politik und eine sachgerechte Darstellung der politischen Aufgaben kümmern. Dazu gehört auch das Werben für die Errichtung von Windkraftanlagen und die CO<sub>2</sub>-freie Energiegewinnung auf kommunaler Ebene.



Listenplatz 4

**Eckart Grundmann** | Wahlbezirk 8

**45 Jahre, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, Diplomingenieur, berät im Auftrag der Landesregierung Betriebe in Sachen Ressourceneffizienz, seit 1983 für die Grünen aktiv, seit 1994 im Stadtrat.**

Wünscht sich den Erhalt von Bäumen und Grünflächen. Die desolate Situation im Bahnhofsumfeld empfindet er als skandalös. Er will von der Verwaltung einfordern, dass sie unter Beteiligung der Bürgerschaft eine angemessene Zukunftsperspektive für das Quartier entwickelt.



Listenplatz 5

**Ulrich Fohrmann-Schwerter** | Wahlbezirk 11

**56 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Kindern, stellvertretender Schulleiter an der Maximilian-Kolbe-Schule Nordkirchen, seit 1994 sachkundiger Bürger im Ausschuss für Bau und Verkehr.**

Engagiert sich dafür, dass die Lebensqualität erhalten und verbessert und die Innenstadt wiederbelebt wird. Dazu möchte er eine Stärkung des Radverkehrs und mehr Sicherheit für Radfahrer und Kinder auf der Tüllinghofer Straße erreichen.



Listenplatz 6

**Rainer Wippich** | Wahlbezirk 10

**53 Jahre, verheiratet, Vater von zwei Kindern, Sonderschullehrer, seit mehr als 18 Jahren in den Ratsgremien, zunächst als sachkundiger Bürger im Umweltausschuss, seit 5 Jahren als Ratsmitglied.**

Die konsequente Nutzung vorhandener Bau- und Gewerbegebiete und der Erhalt bestehender Grünflächen sind für ihn wichtige kommunale Themen. Eine weitere Zersiedlung durch neue Bau- und Gewerbegebiete möchte er verhindern.



# CDU-Fraktion nervt

## Satte Mehrheit geht auf Kosten der demokratischen Kultur

Donnerstag, 23. Juni 2009, Sitzungssaal in der Burg Lüdinghausen. Die Sitzung des Planungsausschusses der Stadt Lüdinghausen steht an. Nach und nach finden sich die Mitglieder des Ausschusses ein. Der Ausschussvorsitzende Siegbert Benker (CDU) schaut auf die Uhr: Es ist 17 Uhr. Eigentlich müsste er nun mit der Sitzung beginnen.

Ein Blick in die Runde zeigt ihm jedoch: Von den insgesamt 18 Mitgliedern des Ausschusses sind erst 14 anwesend. Zwar sind die „Oppositionsparteien“ SPD, FDP und Grüne mit ihren insgesamt 8 Mitgliedern vollständig erschienen, aber von der CDU sind – wie so oft – erst 6 Ausschussmitglieder eingetrudelt. Also doch noch nicht startklar?

Die Minuten vergehen – nervöse Blicke des Ausschussvorsitzenden. Dann erscheint ein weiteres Ausschussmitglied der CDU, einige Minuten später dann noch einer. Noch mal kurz gezählt: Recht das? Nein, anfangen möchte der CDU-Mann Benker immer noch

nicht. Denn mit nunmehr 8 anwesenden Ausschussmitgliedern hätte die CDU bei einer Abstimmung ja immer noch keine Mehrheit! Und so heißt es für die pünktlich erschienenen Mitglieder weiter warten.

Schließlich erscheint mit 10 Minuten Verspätung doch noch das neunte Ausschussmitglied der CDU. Zwar ist die CDU-Riege auch jetzt noch nicht komplett, sie hat aber die Mehrheit. Und das ist für Siegbert Benker das Zeichen zum Durchstarten, erst jetzt eröffnet er die Ausschusssitzung.

Was hat die Lüdinghauser CDU so träge gemacht? Ist es vielleicht die satte Ratsmehrheit, die sie seit nunmehr 50 Jahren hat? Oder ist das einfach nur die Arroganz der Macht: „Wann eine Ausschusssitzung beginnt, das entscheiden wir ganz alleine!“ Für Abstimmungen braucht man die Mehrheit, auch wenn es bei einigen Ausschussmitgliedern kaum auffällt, wenn sie abwesend sind. Aber ob das auch nach dem 30. August so bleibt?

**FR.28. AUGUST IN LÜDINGHAUSEN**

Beginn 20 Uhr im Burghof Richter Eintritt 8 Euro Vorverkauf im Bioladen "Schrot und Korn" und der Geschäftsstelle von Lüdinghausen Marketing sowie im Biologischen-Zentrum (Dahin gehen auch jeweils 3 Euro von jederverkauften Karte als Spende.)

# Scharf gemacht!

## Neues Programm von Funke & Rüter

**Nach ihrem Programm „Germanosaurus“, das einiges Aufsehen und noch mehr Begeisterung erregte, sind Münsters Vorzeigekabarettisten Funke & Rüter jetzt richtig „scharf gemacht“.**

Nach mehr als 20 Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit servieren die Texter und Darsteller des legendären Kabarets „Die kleinen Mäxe“ einen geistig hochprozentigen Cocktail aus intelligenter Analyse, brüllend komischem Zusammenspiel und verblüffender Musikalität.

Die kabarettistische Doppelklinge aus Münster wetzt die Zunge und schlägt geistige Trampelpfade durch den bundesdeutschen Phrasendschungel. Funke & Rüter schenken zwerchfellerschütternde Lebenshilfe bei geistigen Verdauungsbeschwerden. Warum es in Deutschland weniger Amokläufe gibt als in den USA? Weil wir sie „Straßenverkehr“ nennen. Was tun gegen den Klimawandel? Wir Deutschen sind die dicksten Europäer, tragen den Bio-Brennstoff quasi am eigenen Leib. Und deutsches Fett ist ein nachwachsender Rohstoff.

Und damit das so bleibt, verwandelt sich ganz Deutschland in ein telegenes Kochstudio. Wenn in den Zeiten des kollektiven Schulversagens überhaupt noch eine Zeile gelesen wird, dann ist es die Küchenzeile. Dafür werden die Autos immer intelligenter und der neue Golf wird von Bremer Eltern an Kindes statt zum Abitur angemeldet. Die Kinder solange zur Abgassonderuntersuchung, und wenn man schon einen fahren lässt, dann bestimmt nicht die Hoffnung!

Denn die Linsen sind nicht nur in der Küche scharf gemacht. Von der Kamera im Klo bis zur Webcam im Bett – Lidl-TV und Verfassungsschutz liefern mit Siemens-Geräten wieder bestochen scharfe Bilder. Und die wirklich dicken Fische landen im Schnellgericht – den zu „McJustice Drive Ins“ umgebauten Amtsgerichten. Und während Mutter Natur ins Klimakterium samt Hitzewallungen kommt, werden für bedrohte Arten wie den Landesbanker Schutzderivate eingerichtet. Und was das alles mit Ihnen zu tun hat? Sehen Sie selbst!

Am 30. August 2009 wird auch der Kreistag gewählt



### Die grünen Kreistag-Kandidaten

**Stehend von links:** Stefan Kohaus, Nottuln, Platz 4; Thomas Reinert, Dülmen, Platz 8; Charlotte Ahrendt-Prinz, Coesfeld, Platz 7; Dagmar Klose, Nottuln, Platz 3; Norbert Vogelpohl, Coesfeld, Platz 2; Anna-Katharina Reints, Rosendahl, Platz 5;  
**Sitzend von links:** Willi Kraneburg, Senden, Platz 6; Anneliese Pieper, Platz 1, Senden

## Die Grünen für den Kreis Coesfeld

**Mehr Nachhaltigkeit im Umgang mit natürlichen Ressourcen, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Anerkennung für die unterschiedlichen Lebensformen und Bedürfnisse aller im Kreis Coesfeld lebenden Menschen – das sind die Ziele von Bündnis 90/Die Grünen im Kreis Coesfeld.**

- Demokratie wächst von unten. Im Kreistag und in den Kommunalparlamenten wird maßgeblich über die Lebensverhältnisse und die Lebensqualität vor Ort entschieden.
- Wir treten deshalb für starke und handlungsfähige Kommunen mit einer soliden Finanzausstattung ein, die dem politischen Handeln in Städten und Gemeinden eine tragfähige Basis eröffnet.
- Wir wollen eine Stärkung der Demokratie und Mitbestimmung von unten. Dafür suchen wir den Dialog und die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft in Initiativen und Projekten, in Elternräten und Bürgerinitiativen und vielen anderen Formen gesellschaftlichen Engagements.
- Wir wollen Motor für eine ökologische, gerechte und weltoffene Politik im Kreis sein. Wir wollen allen Menschen eine Heimat geben, die hier wohnen und zu uns kommen, und wollen Flüchtlingen Zuflucht geben.
- Wir wollen den sozialen Frieden, die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und zwischen den Bevölkerungsschichten bewahren.

- Wir vertrauen dabei auf unsere mittelständisch strukturierte Wirtschaft und fordern gerechte Regeln für den Markt. Es darf nicht sein, dass hohe Gewinne privatisiert und die Risiken sozialisiert werden.
- Wir sehen in der Globalisierung Risiken, aber auch Chancen. Wir kritisieren die Ausbeutung der Welt zum Nutzen weniger, wissen dabei aber auch um die Chancen für eine gerechtere Welt und Weltwirtschaft.
- Der Kreis Coesfeld ist mit der Region Münsterland ein wichtiger Teil Europas. Deshalb stehen wir zur Euregio. Wir betonen nicht die Unterschiede zu unseren Nachbarn, sondern arbeiten daran, dass Europa zusammenbleibt und zusammenwächst – und dass es nicht nur als Markt existiert.
- Wir wollen die Zukunft unserer Landschaft und Natur gemeinsam mit der mittelständischen Landwirtschaft unserer Region gestalten. Wir glauben nicht an eine Zukunft von industrieller Massentierhaltung und Gentechnik, sondern wollen den Anbau biologisch erzeugter Lebensmittel fördern.
- Wir wollen unsere münsterländische Parklandschaft mit ihren Wiesen, Wäldern und Feldern erhalten und den ausufernden Flächenverbrauch stoppen.

**Dafür stehen wir Grünen im Kreis Coesfeld! Um diese Ziele zu verwirklichen, brauchen wir am 30. August Ihre Stimme für eine starke Fraktion im Kreistag.**

Bundestagswahl am 27. September 2009

## Jutta Bergmoser für den Bundestag

**Jutta Bergmoser ist Jahrgang 1961, verheiratet, und hat 4 Kinder. Sie lebt als freiberufliche Kinderbuchautorin in Havixbeck und ist die grüne Direktkandidatin im Wahlbezirk Coesfeld-Steinfurt II.**



„Aus meinem Glauben heraus engagiere ich mich gemeinnützig und politisch. Mein Glaube motiviert mich, mich gründlich über die Welt zu informieren und mich aus Überzeugung mit der mir zur Verfügung stehenden Kraft für wichtige Dinge einzusetzen, damit aus Visionen Wirklichkeit wird.“

Meine christliche Nachfolge gilt dem Frieden, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung, die ich perspektivisch und visionär bei Bündnis90/Die Grünen ange-

siedelt sehe. Manchmal bin ich eine unbequeme Zeitgenossin, weil ich Ungerechtigkeit nicht leiden kann. Aber ich halte mich für fair, pragmatisch und immer bereit, tragfähige Kompromisse zu suchen. Frieden ermöglichen – das ist mir wichtig. Wenn ich Fehler mache, kann ich das zugeben und mir fällt auch kein Zacken aus der Krone mich zu entschuldigen, wenn's an der Zeit ist.“

# Energiewende jetzt!

## Die Mehrheit will regenerative Energie

Erneuerbare Energien stehen bei den Deutschen hoch im Kurs. Die überwältigende Mehrheit befürwortet den weiteren Ausbau. Bundesweit bezeichnen 81 Prozent der Befragten die verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien als „sehr wichtig“ oder „außerordentlich wichtig“. Das ergibt eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa. Dabei sprachen sich drei Viertel sogar für die zunehmende Nutzung regenerativer Energiequellen bis

hin zur vollständigen Stromversorgung aus – quer durch alle politischen Lager. Die Akzeptanz von Anlagen zur Stromerzeugung aus Sonnenlicht, Wind und Biomasse liegt bundesweit bei über 50 Prozent. Bei denjenigen, die solche Anlagen aus ihrem eigenen Wohnumfeld kennen, steigt die Zustimmung sogar auf knapp 70 Prozent. Die Behauptung der Windkraftgegner, dass Windräder die Lebensqualität der Anwohner beeinträchtigen, ist damit klar widerlegt.

# Klimapolitische Geisterfahrer

## Große Koalition will mehr Kohle

**Innovation, Nachhaltigkeit, Klimaschutz – drei Begriffe, die sich fest im politischen Vokabular mittlerweile aller Parteien verankert haben. Doch dienen sie allzu oft als grünes Feigenblatt. Das wurde wieder einmal deutlich bei der Debatte um das von den GRÜNEN geforderte Verbot für neue Kohlekraftwerk im vergangenen Mai. Eine ganz große Koalition aus CDU-CSU-SPD-FDP setzte hier ihre klimapolitische Geisterfahrt fort und stoppte den Antrag der grünen Bundestagsfraktion.**

### Neue Kohle-Großprojekte verbauen Deutschlands Zukunft

Mit jedem neuen Kohlekraftwerk schwindet die Chance, die Klimaschutzziele noch erreichen zu können. Das haben unabhängige Experten Bundesumweltminister

ente Gaskraftwerke gebaut werden dürfen. Doch all das kümmert Union, FDP aber auch SPD nicht. So machte Andreas Jung für die Unionsfraktion in der Plenardebatte deutlich, dass „das Genehmigungsrecht bereits heute hohe Anforderungen erfüllt“. Welche das sein sollen, ließ er leider offen. Und der FDP-Abgeordnete Horst Meierhofer verstieg sich gar zu der Behauptung, dass „wir mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke dem Klima einen Gefallen tun“.

### Große Koalition torpediert Klimaabkommen

Dabei profilierte sich auch die SPD wieder einmal als beinharte Kohle-Partei. „Die erforderliche Beschränkung hinsichtlich des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Kohlekraftwerken erfolgt durch den Emissionshandel“, wollte der SPD-Abgeordnete Gerd Friedrich Bollmann dem Plenum weismachen.

Doch das Gegenteil ist richtig. Mit jedem neuen Kohlekraftwerk sinken die Chancen, in Zukunft ambitionierte Minderungsziele im CO<sub>2</sub>-Handel festschreiben zu können. Denn haben die Konzerne ihre Kohlekraftwerke erst mal am Netz werden sie mit aller Macht darauf drängen, ausreichend Emissionsrechte zur Verfügung gestellt zu bekommen. So schränken neue Kohlekraftwerke den Emissionshandel mehr ein als der Emissionshandel die Kohle. **g**

**KLIMA OHNE WENN UND ABER.**

JETZT. FÜR MORGEN.



### Impressum



**Verantwortlich:**  
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN  
Ortsverband Lüdinghausen, Vorstand

**Redaktion:**  
Eckart Grundmann und Rainer Michaelis  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Peter Mönning

**Konzeption, Gestaltung, Illustration:**  
müller mixed media Designbüro, Lüdinghausen

**Druck:**  
Druckhaus Rademann, Lüdinghausen  
Auflage: 7.500 Exemplare  
Gedruckt auf Umweltschutzpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Sie finden die Texte auch im Internet:  
[www.gruene-luedinghausen.de](http://www.gruene-luedinghausen.de)

Sigmar Gabriel bereits letztes Jahr vorge-rechnet. Demnach wird die angestrebte 40-prozentige Emissionssenkung bis 2020 verfehlt, wenn mehr als 9.000 MW neue Kohlekraftwerksleistung gebaut werden. Dieser Spielraum ist aber bereits durch die aktuell in Bau befindlichen Kohlekraftwerke erschöpft.

Das lässt nur einen Schluss zu: Es darf keine weiteren Genehmigungen für Kohlekraftwerk geben! Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat deshalb in einem Antrag ein Verbot neuer Kohlekraftwerke gefordert. Ein verbindlicher strenger Mindestwirkungsgrad für fossile Kraftwerke soll dafür sorgen, dass nur noch hocheffizi-